

E-Mail-Newsletter

Nr. 204, 29. November 2017

Liebe Mitglieder, Fördermitglieder und Interessierte!

Unser letzter Newsletter stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl und der Sorge um das, was danach kommen würde. Mehr Klarheit haben wir zwei Monate danach auch nicht — eher im Gegenteil. Nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen sind verschiedene Optionen von einer Neuaufgabe der Großen Koalition über eine Minderheitsregierung bis hin zu Neuwahlen denkbar. So bleibt weiterhin unklar, worauf sich geflüchtete Menschen und ihre Unterstützer*innen einstellen müssen, wenn die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt. Die bekanntgewordenen Inhalte der Sondierungsgespräche und die nur wenig versteckte Drohung aus den Reihen der Union, die weiteren Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte notfalls mit den Stimmen der AfD zu beschließen, sollten uns alle daran erinnern, dass wir in Zusammenhang mit Asyl- und Flüchtlingspolitik die Phrase „schlimmer gehts nimmer“ aus unserem Vokublar streichen sollten. Die Menschen, die durch ihren Einsatz die „Willkommenskultur“ von einer politischen Floskel zur gelebten Realität gemacht haben, fragen sich in diesen Tagen zu Recht, warum an den Verhandlungstischen in Berlin offenbar keine einzige Person sitzt, die ihre Interessen und Positionen vertritt.

So ist es irgendwie auch nur konsequent, dass der überwiegende Teil der Nachrichten in dieser Ausgabe nicht unbedingt von der erfreulichen Sorte sind. Doch auch über unerfreuliche Entwicklungen muss man informiert sein. Und zumindest in den Rubriken „Publikationen“ und „Veranstaltungen“ finden Sie einiges, was hoffentlich Ihre Stimmung hebt. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre sowie eine schöne Vorweihnachtszeit!

Der Vorstand und die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats.

[Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.](#)

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus.



[Aktionswoche „Recht auf Familie“, 4. bis 10. Dezember 2017](#)

Recht auf Familie — Integration braucht Familienzusammenführung

Anlässlich des diesjährigen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2017 ruft die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. vom 4. bis 10.12.2017 zu der Aktionswoche

„Recht auf Familie — Integration braucht Familienzusammenführung“ auf.

[Weiterlesen ...](#)



[Lagertour Baden-Württemberg 2017-18](#)

Flüchtlingsrat informiert sich vor Ort über Unterbringung und sucht das Gespräch mit Engagierten und Geflüchteten

Dank der Unterstützung der [Stiftung :do](#) führt der Flüchtlingsrat noch bis Mitte Februar seine „Lagertour Baden-Württemberg 2017-18“ durch. Dabei besucht ein Mitarbeiter des Flüchtlingsrats Orte in allen Regionen des Landes, um sich über die Unterbringungsbedingungen vor allem in Gemeinschaftsunterkünften zu informieren. Wenn auch Sie Interesse an einem Vor-Ort-Besuch haben, setzen Sie sich bitte per [E-Mail](#) mit unserem Projektmitarbeiter Volker Kahrau in Verbindung.

[Weiterlesen ...](#)



[Wir Ehrenamtliche fordern: Kein Rollback in der Flüchtlingspolitik](#)

Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen aus Baden-Württemberg verfassen offenen Brief und Petition zu den Koalitionsverhandlungen

42 ehrenamtliche Initiativen, 59 Einzelpersonen und der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg sind die Erstunterzeichner des offenen Briefes „Wir Ehrenamtliche fordern: Kein Rollback in der Flüchtlingspolitik!“, der am 24. Oktober an die baden-württembergischen Verhandlungsteilnehmer*innen der Sondierungsgespräche für eine mögliche „Jamaika-Koalition“ versendet wurde. Nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche sind unsere Forderungen natürlich weiterhin aktuell. Daher freuen wir uns über weitere Unterzeichner des offenen Briefes, der auch als [Online-Petition](#) zur Verfügung steht. Bereits über 4200 Menschen haben die Petition bereits unterzeichnet (Stand 27.11.)

[Weiterlesen ...](#)



Patenschaften mit geflüchteten Menschen

Arbeitshilfe des Paritätischen

Viele Menschen engagieren sich in Form einer „Patenschaft“ für Geflüchtete. Der PARITÄTISCHE Gesamtverband hat daher eine Arbeitshilfe für Pat*innen herausgegeben. Sie enthält Beiträge zu theoretischen Hintergründen, Praxiserfahrungen von Begleiter*innen von Patenschaften sowie kritische Impulse und Handlungsempfehlungen für die eigene Praxis. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und Aktive von Organisationen, Vereinen und Initiativen, die Patenschaften mit geflüchteten Menschen vermitteln, koordinieren und begleiten sowie an Patenschaftstandems selbst.

Der Paritätische, Oktober 2017: [Arbeitshilfe - Patenschaften mit geflüchteten Menschen](#)

Politik drängt ausländische Studierende aus den Hochschulen in Baden-Württemberg — trotz massiver Mehreinnahmen

Pressemitteilung des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren und des Bundesverbands ausländischer Studierender

Die Zahl der Neu- und Ersteinschreibungen an Hochschulen von ausländischen Studierenden geht stark zurück, was auf die hohen Studiengebühren für ausländische Studierende zurückzuführen ist. Für die Suche nach dringend benötigten Fachkräften wird an den falschen Stellen gespart und es werden ineffiziente Wege genutzt, anstatt Fachkräfte durch ein Studium anzuwerben. Einige Studiengänge können inzwischen keinen Austausch mehr anbieten, was fatale Folgen für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch hat. Im Folgenden ist die Presseerklärung des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren und des Bundesverbands ausländischer Studierender vom 16.11.2017 dokumentiert.

[Weiterlesen ...](#)

Muster-Schriftsatz: Eilrechtsschutz zur fristgerechten Dublin-Familienzusammenführung

Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass Familienangehörige, die in unterschiedlichen europäischen Staaten sind, zusammengeführt werden. Leider gibt es einige Hindernisse in diesem Bereich. Insbesondere in Verfahren zwischen Deutschland und Griechenland kommt es seit Monaten zu

Verzögerungen. Hintergrund ist, dass seit April 2017 Überstellungen zur Familienzusammenführung von deutschen Behörden aus begrenzt werden. In einem Fall wurde erfolgreich gegen eine solche Verzögerung des Familiennachzugs vorgegangen (Beschluss VG Wiesbaden vom 15.09.2017). Als Hilfestellung für vergleichbare Verfahren wurde von refugee law clinics abroad und PRO ASYL ein Muster-Schriftsatz entwickelt und es wurden ergänzende rechtliche Hinweise erarbeitet.

WICHTIG: Der vorliegende Schriftsatz sollte nur nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalls und in Absprache mit Beratungsstellen und/oder Anwäl*innen verwendet werden.

[Muster-Schriftsatz und Erläuterungen](#)

In aller Kürze:

Gambia: Anträge nicht mehr nur in BW

Aktuelle EASY-Liste hat einige Veränderung für Baden-Württemberg gebracht

Die EASY-Liste, aus der sich ergibt, welche Erstaufnahmeeinrichtung für Asylanträge von Menschen aus bestimmten Herkunftsländer zuständig ist, wurde im August geändert. Auch für Baden-Württemberg haben sich einige Änderungen ergeben. Die wohl wichtigste Änderung ist, dass Baden-Württemberg nicht mehr das einzige Bundesland ist, das für Asylanträge von Menschen aus Gambia zuständig ist.

[Weiterlesen ...](#)

Offener Brief der Stuttgarter Freundeskreise wegen Nutzungsgebührenerhöhung

In Stuttgart gelten seit 1. September drastisch erhöhte Nutzungsbühren. Um die Politiker*innen auf die Problematik hinzuweisen und eine Änderung zu erwirken, haben Stuttgarter Freundeskreise ihre Kritik in einem [offenen Brief](#) formuliert. Dieser Brief soll von möglichst vielen Menschen an die einzelnen Stadträte geschickt werden.

Handlungsleitfaden zum Thema Prävention und Intervention bei Zwangsverheiratung

Das Ministerium für Soziales und Integration hat zusammen mit der Aktion Jugendschutz einen Handlungsleitfaden verfasst, der sich vor allem an Anlaufstellen richtet, die mit dem Thema Zwangsheirat in Berührung kommen, und zu den Möglichkeiten der Prävention und Intervention aufklärt.

[Weiterlesen ...](#)

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü, BRD und EU



[Informationen zu Sammelabschiebungen nach Afghanistan](#)

Nächste Abschiebung soll am 6. Dezember stattfinden

Die Bundesregierung setzt offenbar die Sammelabschiebungen nach Afghanistan fort. Laut dem [Spiegel](#) sollen am Mittwoch, 6. Dezember, 78 Menschen ab dem Flughafen Frankfurt wieder in das von Krieg und Terror gebeutelte Land zurückgeschickt werden.

[Weiterlesen ...](#)

Afghanische Asylsuchende ab 1.1.2018 wieder von vielen Integrationsmöglichkeiten ausgeschlossen

Erst im Juli 2017 hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seine Förderinstrumente auf afghanische Asylsuchende ausgedehnt (siehe [Meldung vom 14.07.2017](#)). Somit können Afghan*innen im laufenden Asylverfahren derzeit ab einer bestimmten Voraufenthaltszeit u.a. berufsbezogene Deutschkurse nach § 45a AufenthG, Berufsausbildungsbeihilfe, ausbildungsbegleitende Hilfen, assistierte Ausbildung und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Diese Regelung ist bis zum 31.12.2017 befristet, eine Verlängerung ist laut Agentur für Arbeit nicht zu erwarten. Für die Praxis bedeutet dies, dass man versuchen sollte, afghanische Geflüchtete bis Jahresende in eine der noch möglichen Maßnahmen zu vermitteln. Bezüglich des Zugangs zu berufsbezogenen Deutschkursen ist zu beachten, dass bis zum 31.12.2017 die Teilnahmeberechtigung ausgestellt sein muss, der Kurs aber 2018 beginnen kann.

[Weisung Bundesagentur für Arbeit](#)

[BAMF: Mehr Widerrufs- und Rücknahmeverfahren eingeleitet](#)

Ein einmal vergebener Schutzstatus, kann vom BAMF aufgehoben werden. Hier gibt es unter anderem die folgenden Möglichkeiten: Wenn die Voraussetzungen für den Schutzstatus nicht mehr bestehen, kann dieser widerrufen werden. Wenn der Schutzstatus aufgrund unrichtiger Angaben oder infolge des Verschweigens wesentlicher Tatsachen erteilt worden ist, handelt es sich um eine Rücknahme des Schutzes. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im Jahr 2017 (Stand: Ende Oktober) 34.603 Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren eingeleitet. Im Vorjahr waren nur 3.170 solcher Verfahren eingeleitet worden, die in 395 Fällen zum Widerruf bzw. zur Rücknahme führten. 2017 wurden bislang 1799 Entscheidungen in Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren gefällt, in 335 Fällen wurde der Schutzstatus aufgehoben, in 1.464 Fällen erfolgte kein Widerruf/keine Rücknahme. Der überwiegende Teil der Aufhebung von Schutzentscheidungen

betrifft laut BAMF Personen, bei denen individuelle Umstände den Schutz nicht mehr rechtfertigen. Das BAMF nennt hier als mögliche Gründe die freiwillige Rückkehr in den Verfolgerstaat, die Begehung von Straftaten oder die Täuschung über die Identität und Staatsangehörigkeit.

[Weiterlesen ...](#)

Rechtsgutachten zu Mitwirkungspflichten und Sanktionen im aufenthaltsrechtlichen Verfahren

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt hat zusammen mit PRO ASYL ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das die Mitwirkungspflichten von geflüchteten Personen im aufenthaltsrechtlichen Verfahren sowie die Sanktionsmöglichkeiten der Ausländerbehörden untersucht. Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt hat die Ergebnisse nun veröffentlicht und eine Stellungnahme dazu verfasst. Das Gutachten erklärt, in welchem Umfang die Geflüchteten zur Mitwirkung aufgefordert werden dürfen und unter welchen Voraussetzungen welche Sanktionen möglich sind.

[Weiterlesen ...](#)

Erschreckende Unkenntnis in der Familiennachzugs-Debatte

Anmerkungen von Rechtsanwalt Fred Hullerum

Die aktuelle politische Diskussion um den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ist leider von erschreckender Unkenntnis geprägt. Die offizielle Begründung der Regierung, es sei in Ordnung, subsidiär Schutzberechtigten den Familiennachzug vorzuenthalten, weil zu erwarten sei, dass ihr Aufenthalt — im Gegensatz zu Menschen mit Flüchtlingsanerkennung — weniger langfristig sein wird, ist schlicht falsch. Hierzu haben unsere Kolleg*innen vom Flüchtlingsrat Niedersachsen einen aufschlussreichen Text des Lüneburger Rechtsanwalts Fred Hullerum veröffentlicht.

[RA Fred Hullerum: Anmerkungen zum Familiennachzug](#)

„Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland“

Neue Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen und der Robert-Bosch-Stiftung

Seit 2015 hat kaum ein anderes Thema Deutschland so sehr bewegt wie die Aufnahme und gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen in Deutschland. Allzu häufig fehlt in öffentlichen Debatten jedoch die Sicht der Flüchtlinge selbst. Eine gemeinsame Studie des SVR-Forschungsbereichs und der Robert Bosch Stiftung stellt genau diese Perspektive ins Zentrum und leitet daraus politische Handlungsempfehlungen ab. Für die Studie wurden 62 Asylsuchende aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Pakistan, Albanien, dem Kosovo und Mazedonien in qualitativen Interviews befragt, die zu diesem Zeitpunkt in Bayern, Niedersachsen und Sachsen lebten, erst kurze Zeit in Deutschland waren und (noch) keinen sicheren Aufenthaltsstatus hatten. Einige der Forschungsergebnisse sind im Folgenden dargestellt:

[Weiterlesen ...](#)

Innenausschuss des EU-Parlaments schlägt zahlreiche Änderungen zu Dublin-IV-Reform vor

Der Innenausschuss des EU-Parlaments hat in seiner Sitzung vom 19.10.17 zahlreiche Änderungen zur Dublin-IV-Reform vorgeschlagen, die sich in vielen Punkten fundamental von dem Entwurf der EU-Kommission zur Dublin-IV-Verordnung unterscheiden. Während die EU-Kommission unter anderem die Auslagerung der Entscheidungen über Asylverfahren in Länder außerhalb der EU, wie Nordafrika, plant, weiter an der Zuständigkeit des Ersteinreisestaats in der EU festhalten, aber die sechsmonatige Überstellungsfrist in den zuständigen EU-Staat kippen will, finden sich im Entwurf des Innenausschusses Änderungen, die aus Sicht von Geflüchteten und Menschenrechtsorganisationen eine Verbesserung zur jetzigen Dublin-III-Verordnung darstellen.

[Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

Studie von „Ärzte der Welt“ zeigt: Für Migranten in Europa ist das Recht auf medizinische Versorgung oft eingeschränkt

Eine Studie der Organisation „Ärzte der Welt“ hat in 14 europäischen Ländern in ihren Kliniken und in Kliniken von Partnerorganisationen eine Erhebung zur medizinischen Versorgung ihrer Patienten durchgeführt. Die Studie zeigt, dass über die Hälfte der Personen nicht krankenversichert waren und zusätzlich 18,3 Prozent nur Anspruch auf eine medizinische Notfallversorgung hatten.

[Weiterlesen ...](#)

BICC veröffentlicht Studie zu Konflikten in Unterkünften für Geflüchtete

Das Bonn International Center for Conversion (BICC) führte eine Studie zu Konflikten in Flüchtlingsunterkünften durch und entwickelte darauf basierend Konfliktvermeidungsstrategien und Empfehlungen für ein friedliches gemeinsames Zusammenleben.

[Pressemitteilung des BICC und Links zu den Handlungsempfehlungen](#)

UNICEF und BUMF veröffentlichen gemeinsame Stellungnahme zur Einschränkung des Familiennachzugs

Der Bundesfachverband umF und Unicef haben eine gemeinsame Stellungnahme und Hintergrundpapier verfasst, in welchen sie die aktuelle politische Lage im Hinblick auf die Einschränkungen des Familiennachzugs analysieren und konkrete politische Forderungen formulieren.

[Weiterlesen ...](#)

Zahl türkischer Flüchtlinge nimmt zu

Auf Anfrage der „Heilbronner Stimme“ hat das Innenministerium Baden-Württemberg erklärt, dass die Zahl der Aylanträge in Baden-Württemberg von türkischen Staatsbürgern bereits jetzt höher ist als im gesamten vergangenen Jahr. Auch in ganz Deutschland hat nach Informationen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge seit dem Putschversuch an Präsident Erdogan die Zahl der Asylanträge von Geflüchteten mit türkischer Staatsbürgerschaft zugenommen.

[Zeitungsartikel in der „Heilbronner Stimme“](#)

3. Aus der Rechtsprechung

EuGH stärkt individuelle Rechte im Dublin-Verfahren

PRO ASYL begrüßt Entscheidung zu Konsequenzen bei Ablauf von Überstellungsfristen

PRO ASYL begrüßt die erneute [Bestätigung des Europäischen Gerichtshofs \(EuGH\)](#), dass die Fristen im sogenannten Dublin-Verfahren Rechte für die Betroffenen auslösen. Ein Asylsuchender kann sich darauf verlassen, dass innerhalb der vorgegebenen Fristen geklärt wird, welcher Mitgliedstaat für ihn zuständig ist. Der EuGH betont explizit, dass Ziel der Dublin-Regelungen eine zügige Bearbeitung der Anträge sei.

[Weiterlesen ...](#)

Gericht entscheidet: Hasmatullah F. muss zurückgeholt werden

Kettenabschiebung über Bulgarien nach Afghanistan war rechtswidrig und muss rückgängig gemacht werden

Im Falle des trotz laufenden Eilantrags nach Bulgarien überstellten und von dort aus nach Afghanistan zurückgeschickten Afghanen Hasmatullah F. hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen entschieden, dass der Betroffene nach Deutschland zurückgeholt werden muss. Das berichtet die [Südwest-Presse](#). Engagierte aus Tübingen, dem Wohnort von Hasmatullah F., hatten auf den Fall [aufmerksam gemacht](#) und eine Online-Petition gestartet. Der Betroffene soll nun am 11. Dezember aus seinem Heimatland nach Deutschland zurückgeholt werden, berichtet die Esslinger Zeitung unter Berufung auf seinen Rechtsanwalt.

4. Neue Publikationen & Materialien



Die Bleiberechtsregelungen gemäß §§ 25a und b des Aufenthaltsgesetzes und ihre Anwendung

Eine Arbeitshilfe des Paritätischen

Zwei Jahre nach Einführung der Bleiberechtsregelungen gemäß §§ 25a und 25b AufenthG zeigt sich, dass die Zahl der erteilten Aufenthaltstitel nach diesen Normen immer noch viel zu gering ist. Die vorliegende Arbeitshilfe des Paritätischen soll dazu beitragen, diesen Regelungen in der Praxis größere Wirksamkeit zu verleihen. Ein weiteres Ziel ist, vor dem Hintergrund der aktuellen öffentlichen Diskussion deutlich zu machen, dass Rückkehr bzw. Abschiebung nicht der einzig denkbare Weg aus dem für alle Beteiligten unbefriedigenden Status der Duldung ist, sondern insbesondere für langjährig geduldete Menschen die Bleiberechtsregelungen stets intensiv geprüft werden sollten. Die Broschüre richtet sich insbesondere an Berater*innen, die langjährig geduldete Menschen betreuen bzw. beraten.

Der Paritätische, November 2017: [Die Bleiberechtsregelungen gemäß §§ 25a und b des Aufenthaltsgesetzes und ihre Anwendung.](#)

Webportal mit Informationen zu Gesundheitsthemen in zahlreichen Sprachen

Das Bundesgesundheitsministerium versammelt auf einem neuen [Webportal](#) zahlreiche mehrsprachige Informationen zu Gesundheitsthemen. Auf dem Portal lässt sich schnell recherchieren, welche gesundheitlichen Informationen in einer bestimmten Sprache vorliegen. Unter den Informationen sind Verständigungshilfen, Aufklärungsbroschüren und allgemeine Erklärungen zum deutschen Gesundheitswesen.



Beratung und Rechtsschutz im Asylverfahren

Broschüre des Informationsverbunds Asyl und Migration

Als Beilage zum Asylmagazin 7–8/2017 veröffentlichte der Informationsverbund Asyl und Migration im August die Broschüre „Beratung und Rechtsschutz im Asylverfahren“, die nun auch im Internet verfügbar ist. Die vier in der Broschüre versammelten Beiträge befassen sich mit den Anforderungen an die Asylverfahrensberatung und die rechtliche Vertretung von Schutzsuchenden. Informationen zum Download und zur Bestellung sind auf der [Homepage des Informationsverbunds](#) eingestellt.



Rechtlicher Diskriminierungsschutz für Flüchtlinge, Asylsuchende und Personen mit einer Duldung

Basisinformationen für die Beratungspraxis des Informationsverbunds Asyl und Migration

Die Basisinformationen des Informationsverbunds Asyl und Migration erklären, was „rassistische Diskriminierung“ im Sinne des Rechts ist, welche Formen von Diskriminierung rechtlich geahndet werden können, welche Akteure belangt werden können bzw. inwiefern das Recht auch vor institutionellen Diskriminierungen schützt. Sie bieten einen Überblick über die verschiedenen rechtlichen Möglichkeiten des Diskriminierungsschutzes sowie jeweils ein Kapitel zum Diskriminierungsverbot nach Artikel 3 Grundgesetz und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Ebenso erläutern sie, warum es sich lohnt, gegen Diskriminierung vorzugehen und welche Stellen Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite stehen können.

November 2017: [Rechtlicher Diskriminierungsschutz für Flüchtlinge, Asylsuchende und Personen mit einer Duldung](#)

5. Veranstaltungshinweise

01.12.2017

Überlebens(un)möglichkeiten von Geflüchteten in Bulgarien

Freitag, 1. Dezember 2017, 19:00 Uhr in Tübingen

Oftmals stellen deutsche Behörden Bulgarien, das statistisch ärmste Land der EU, als völlig unproblematisch für Geflüchtete dar. Der Vortrag des Migrationsforschers Mathias Fiedler stellt dies in Frage. Er berichtet über die aktuelle Situation an den bulgarischen EU-Außengrenzen, über die offenen und geschlossenen Flüchtlingslager und Abschiebehaftzentren innerhalb Bulgariens und über die Situation anerkannter Geflüchteter im Land. Die Informationen kommen dabei nicht aus dritter Hand, denn Fiedler hält sich für seine Recherchen regelmäßig in Bulgarien auf.

Veranstungsflyer: [„Überlebens\(un\)möglichkeiten von Geflüchteten in Bulgarien“](#)



05.12.2017

Interessiertenabend Amnesty International Asylgruppe

Dienstag, 5. Dezember 2017, 19-21 Uhr, Lazarettstraße 8, 70182 Stuttgart

Am 5.12. können Interessierte die Arbeit von Amnesty International Stuttgart, insbesondere im Bereich der Asylberatung, kennenlernen. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

[Flyer Interessiertenabend](#)

[Facebook-Veranstaltung](#)

05.12.2017

Einladung zum BeneFIZ - Konzert des Fraueninformationszentrums

Dienstag, 5. Dezember 2017 in Stuttgart

Der Chor „Gospel im Osten“ (GiO) singt zwei Konzerte hintereinander in der katholischen Kirche

St. Maria, Stuttgart-Süd, Tübinger Str. 36. Beginn ist für das erste Konzert um 18.00 Uhr, für das zweite Konzert um 20.15 Uhr. „Gospel im Osten“ gehört zu den größten Chören seiner Art in ganz Deutschland und ist unter anderem für seine Zusammensetzung mit über 20 Nationalitäten bekannt. Der Eintritt ist frei, die Spenden kommen der Arbeit des FIZ und der Franziskusstube für Obdachlose zugute.

[Flyer](#)



08.12.2017

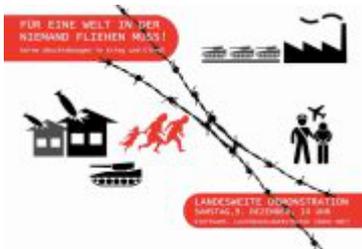
Umbrüche in Kurdistan

Tagung der evangelischen Akademie Bad Boll, 8.-10. Dezember

Die Komplexität der katastrophalen Situation der Kurden in der Türkei, dem Irak und in Syrien steht im Mittelpunkt dieser Tagung. Dabei werden die aktuellen politischen Entwicklungen der vergangenen Monate beleuchtet und erläutert. Die Veranstaltung möchte genau informieren, um zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in der Region engagieren, die Möglichkeit zu geben, die Chancen und Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten besser einschätzen zu können.

Detaillierte Infos und das Anmeldeformular finden Sie auf der [Homepage der evangelischen Akademie Bad Boll](#).

Veranstaltungsflyer: [„Umbrüche in Kurdistan“](#)



09.12.2017

Demonstration: Für eine Welt in der niemand fliehen muss!

Samstag, 9. Dezember, 14 Uhr in Stuttgart

Ein breites Bündnis aus Organisationen und Initiativen aus allen Teilen Baden-Württembergs ruft unter dem Motto „Für eine Welt, in der niemand fliehen muss!“ zu einer Demonstration am Samstag, 9. Dezember, in Stuttgart auf. Diese Demonstration will auf Fluchtursachen, Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen aufmerksam machen.

Weitere Informationen gibt es auf der Website www.flucht-demo.de

Flyer und Plakate können per E-Mail in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats [bestellt](#) werden.

[Flyer mit Aufruf](#)

[Mehrsprachiger Flyer für Geflüchtete zum Eintragen von Reiseinformationen](#)

10.12.2017

Internationaler Tag der Menschenrechte

Sonntag, 10. Dezember 2017, 15 Uhr in Stuttgart

Die Gesellschaft Kultur des Friedens ruft am Internationalen Tag der Menschenrechte 2017 um 15 Uhr in Stuttgart zu einer Kundgebung auf, die am Mahnmal gegen Krieg und Faschismus (Stauffenbergplatz) unter dem Motto „Fluchtursache Krieg überwinden — für ein Menschenrecht auf Frieden“ stattfinden wird.

18.12.2017

Migration nach Deutschland: Tabuthema Menschenhandel und Prostitution

Tagesseminar am 18. Dezember 2017 in Korntal

Seit Einführung des Prostitutionsgesetzes ist Deutschland NOCH mehr zum Dreh- und Angelpunkt des Menschenhandels und der Zwangsprostitution geworden. Auch Geflüchtete werden so oft zu Opfern. Für Haupt- und Ehrenamtliche in der Migrationsarbeit ist dies deswegen unweigerlich ein Thema, über das sie Bescheid wissen sollten. Das Europäische Institut für Migration, Integration und Islamthemen (EIMI) bietet deshalb am 18. Dezember 2017 ein Seminar an, das auf die Begegnung mit Betroffenen von Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution vorbereitet und Hilfsmöglichkeiten aufzeigt.

Flyer: [Menschenhandel & Prostitution](#)

weitere Infos und Anmeldung: [awm Korntal](#)

IN EIGENER SACHE:

Unabhängiges Austauschtreffen der Flüchtlingsarbeit im Regierungsbezirk Tübingen

Samstag, 27. Januar 2018 in Sigmaringen

Ehrenamtliche Flüchtlingsunterstützer*innen aus dem Regierungsbezirk Tübingen haben am 27. Januar 2018 die Möglichkeit, sich auf einem vom Flüchtlingsrat initiierten Vernetzungstreffen auszutauschen. Weitere Informationen werden in Kürze auf der Homepage des Flüchtlingsrats veröffentlicht.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Autor*innen der Beiträge: Seán McGinley, Melanie Skiba, Clara Schlotheuber, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Julian Staiger, Stella Hofmann, Lisa Gebele

Redaktion: Ulrike Duchrow, Bärbel Mauch

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter www.fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, die Evangelische Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.